
Personalmangel im Ausländeramt Stuttgart

Die Zahl der Einbürgerungen sinkt

Mathias Bury, 31.10.2013 18:37 Uhr



OB Fritz Kuhn heißt noch im Juni einige hundert Neubürger willkommen. Foto: Horst Rudel

Stuttgart - Was sind in den vergangenen Jahren nicht für Hymnen gesungen worden auf die Stuttgarter Integrationspolitik. Die Unesco hat der Landeshauptstadt dafür sogar einen Preis verliehen; Maria Böhmer, die damalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, nannte Stuttgart einmal ein „Vorbild für deutsche Städte“; und der angesehene Migrationsforscher Klaus Bade sagte lobend über die hiesige Einbürgerungskampagne: „Ich würde mich in Stuttgart einbürgern lassen.“

Die Frage ist allerdings: Gilt diese Vorbildhaftigkeit bis heute? Zum Beispiel im Falle eben jener im Frühjahr 2009 vom damaligen OB Wolfgang Schuster (CDU) gestartete Einbürgerungskampagne „Pass auf, lass dich einbürgern“, deren Herzstück ein Anschreiben des Oberbürgermeisters an die Migranten ist. Kein Zweifel: in den Anfängen hat die Kampagne ihr Ziel nicht verfehlt. Zu Beginn wurde diese mit Plakaten, Flyern und Informationsveranstaltungen beworben. Die Post, die auch eine Kopie der Urkunde mit Bundesadler im Briefkopf enthält („Hier könnte auch bald Ihr Name stehen“), kam bei den Migranten, die man in dieser Phase angeschrieben hat, gut an. Geradezu stolz kamen manche mit dem Schreiben in die Ausländerbehörde. Nachdem die Zahl der Einbürgerungen in den Jahren zuvor aus verschiedenen Gründen zurückgegangen war, stiegen diese von 2010 auf 2011 wieder, von 1388 auf 1744. Das war eine Zunahme um 25 Prozent.

Am Anfang war die Kampagne ein Erfolg

Lange hat dieser Aufschwung allerdings nicht gehalten. Im Jahr darauf brachte man es auf 1747 Einbürgerungen, es herrschte schon Stagnation. Wirklich verwunderlich ist das nicht. Von Anfang an hatte das Ausländeramt für die Kampagne nicht mehr Personal bekommen, um die erwünschte Steigerung der Fallzahlen auch zügig abzuarbeiten. Im Gegenteil: in der zu Ende gehenden Haushaltsperiode wurde der Ausländerbehörde in diesem Arbeitsbereich dann sogar eine Stelle gestrichen. Entsprechend länger werden die Wartezeiten.

„Die Leute können nicht mehr als arbeiten“, sagt Hermann Karpf, der Referent von Ordnungsbürgermeister Martin Schairer (CDU). „Die Grenze des Leistbaren ist erreicht.“ Das lässt sich mit Zahlen belegen: In den ersten drei Quartalen 2012 registrierte die Stadt 1330 Einbürgerungen, in der gleichen Zeit dieses Jahres haben nur noch 1250 ausländische Mitbürger einen deutschen Pass bekommen.

Bisher sind etwa 10 000 Personen angeschrieben worden, vorwiegend jüngere, gut integrierte Menschen. Unter den rund 90 000 Migranten mit ausländischem Pass in der Landeshauptstadt, die bisher die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, gehören sie zu jener Gruppe, deren Verfahren wenig aufwendig ist. Und die Zahl der in Stuttgart lebenden ausländischen Mitbürger, die für einen deutschen Pass infrage kommen, wächst. Die grün-rote Landesregierung hat zudem durch neue Verwaltungsvorschriften seit August die Hürden für einbürgerungswillige Migranten verringert (siehe „Stationen auf dem Weg zu einem deutschen Pass“).

Dazu kommt, dass die EU-Mitgliedschaft Kroatiens seit Anfang Juli zu einer wachsenden Zahl von Anträgen führt, denn Bürger aus EU-Ländern dürfen zwei Pässe haben. Die Folge: zusätzlich 11 500 Kroaten könnten eingebürgert werden. Nicht wenige werden dies auch tun. Im vergangenen Jahr haben nur 17 Kroaten beim Ausländeramt ihre Einbürgerung beantragt, seit dem 1. Juli sind es mehr als 100 gewesen.

Und die Landesregierung hat nicht nur die Möglichkeiten für eine Einbürgerung erweitert. Erst im September hat das Integrationsministerium eine Kampagne gestartet, mit der man mehr Migranten für die deutsche Staatsbürgerschaft gewinnen will. Dafür werben prominente „Neudeutsche“ wie die aus der Türkei stammende Box-Weltmeisterin Özlem Sahin auf Plakaten und im Internet. Auch dies dürfte zu einem Anstieg der Einbürgerungsanträge führen, die auf kommunaler Ebene bearbeitet werden.

Das Land hat eine Werbeaktion gestartet

Vor diesem Hintergrund haben die Ratsfraktionen von Grünen und SPD für den kommenden Doppelhaushalt eine Stelle mehr in der Ausländerbehörde beantragt. Die Kampagne sei „dringend zu intensivieren“, schreibt die SPD. In der Verwaltung aber gibt es eine Absprache, dass zunächst die laufende Organisationsuntersuchung in der Ausländerbehörde abgewartet werden soll. Falls sich daraus ein zusätzlicher Bedarf an Stellen ergeben sollte, könnten diese während des laufenden Etats geschaffen werden, im Vorgriff auf die Haushaltsperiode 2016/2017. Hermann Karpf: „Wir sind da handlungsfähig.“